

# Grenzenlose Gewalt

Der unerklärte Krieg der EU  
gegen Flüchtende

Autorinnenkollektiv meuterei



Lesen ohne Atomstrom (Hg.)

ASSOCIATION A



**Edition**

**>Lesen ohne**

**Atomstrom<**

**Grenzenlose  
Gewalt  
Der unerklärte Krieg der EU  
gegen Flüchtende  
Autorinnenkollektiv meuterei**

Herausgegeben von Lesen ohne  
Atomstrom

**ASSOZIATION A**

Dieses Buch wird gefördert im Rahmen des Stipendienprogramms der VG Wort in »Neustart Kultur« der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



© Berlin, Hamburg 2022

Assoziation A, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin

[www.assoziation-a.de](http://www.assoziation-a.de), [hamburg@assoziation-a.de](mailto:hamburg@assoziation-a.de), [berlin@assoziation-a.de](mailto:berlin@assoziation-a.de)

Gestaltung: Andreas Homann

Foto Buchcover: iStockphoto/phanasitti

eISBN 978-3-86241-638-7

## **Danksagung**

*Unser Dank gilt allen Aktivist\*innen und solidarischen Bewegungen, die Menschen auf der Flucht unterstützen und gegen das brutale Regime der Abschottung kämpfen, sowie allen Menschenrechtler\*innen, Journalist\*innen, Jurist\*innen und Wissenschaftler\*innen, die die Verbrechen entlang der europäischen Grenzen aufdecken und dokumentieren. Unsere Bewunderung und unser tiefster Respekt gebühren denen, die trotz aller Widerstände auf ihrem Recht auf Bewegungsfreiheit und auf ein sicheres Leben bestehen.*

## **Zum Autorinnenkollektiv »meuterei«**

*»Grenzenlose Gewalt« ist ein Gemeinschaftswerk der »meuterei«, eines Kollektivs von Expertinnen, die sich seit Jahren gegen das europäische Grenzregime engagieren. Die meuterei besteht aus Aktivistinnen, Fluchthelferinnen, Juristinnen, Migrations- und Politikwissenschaftlerinnen. Mitglieder des Teams sind u.a. Marlene Auer, Eliza Fröhlich, Natalie Gruber, Hela Kanakane, Lea Reisner und Julia Winkler. Sie sind in verschiedenen Organisationen und politischen Gruppen aktiv: Alarm Phone, borderline-europe, Border Violence Monitoring Network, Iuventa-Crew, Joosor und Safe Passage Foundation.*

*Das Kollektiv setzt sich aktuell überwiegend aus weißen cis Frauen zusammen. Diese Positionierung zu benennen, erscheint uns aus einer machtkritischen Perspektive relevant. Wir selbst sind Teil der Gesellschaften, die zur*

*Errichtung der Festung Europa geführt haben und diese aufrechterhalten. Wir sind uns unserer Privilegien bewusst und können offen Kritik an den bestehenden kapitalistischen, rassistischen und (neo-)kolonialen Machtsystemen üben, ohne dafür nennenswerte Nachteile, Bedrohungen oder gar Schlimmeres befürchten zu müssen. Während des Entstehungsprozesses dieses Buches haben wir - auch mithilfe befreundeter Antirassismus-Aktivist\*innen - versucht, diese Privilegien zu reflektieren und unsere Perspektiven sowie Sprache dafür zu sensibilisieren. Als elementare Konsequenz dieser Privilegien sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung, die Festung Europa zu kritisieren und zu bekämpfen, wo immer möglich.*

# Inhalt

**Vergogna — Schande:  
Gegen die Verschwörung des Schweigens!  
Vorwort: Lesen ohne Atomstrom**

**Grenzenlose Gewalt  
Einleitung**

**Wie man eine Festung baut  
Mauern statt Brücken — von der Gründung der EU bis  
heute**

**Frontex — Türsteher der EU**

**Europas Außengrenzen — Systematische Abschottung  
und Gewalt**

**Zentrales Mittelmeer**

Libyen

Tunesien

Frontex im zentralen Mittelmeer

»Ich überlasse euch dem Tod auf dem Wasser«

**Westliches Mittelmeer und Kanaren**

Westliche Mittelmeerroute

Jumping the fence — die Exklaven Ceuta und Melilla  
(Alb-)Traumziel Kanaren

Frontex im westlichen Mittelmeer und im Atlantik

»Da ist ein Baby im Boot!« — Sie haben nichts  
unternommen«

**Östliches Mittelmeer**

Zypern

Griechenland

*Das EU-Türkei-Abkommen*

*Gewalt an den griechischen Grenzen*

*Willkommen in Europa - (administrative) Gewalt statt Rechte*

*»You have more money?«*

## **Balkan und östliche EU**

2015 und danach — Wellen europäischer Gewalt

Menschenrechtsverletzungen im Namen der

»Grenzsicherung«

Frontex im Balkan

Kein Schutz, keine Zukunft — Gewalt durch

menschenunwürdige Lebensbedingungen

Flucht nach und über Polen, Lettland und Litauen

## **Europäische Grenzen fernab der EU**

Wo und wie Grenzen weiter wandern dürfen als Menschen

Niger — Europas tödliche Grenzziehungen in der Sahara

## **Kriminalisierung von Flüchtenden**

### **Flucht als Verbrechen**

### **Systematische Entrechtung und Unterdrückung**

### **Kriminalisierung von Migration**

### **Behinderung von Fluchthilfe**

### **Das »Schleuser-Paket« — Rechtliche Grundlage für breitflächige Kriminalisierung**

### **Diskreditierung im öffentlichen Diskurs**

### **Bürokratische Schikanen und Blockaden**

### **Einschüchterung durch Polizei und**

### **Sicherheitsbehörden**

### **Strafverfolgung und Verurteilungen**

## **Drastische Auswirkungen auf Grund- und Menschenrechte**

**Wo Unrecht zu Recht wird — Asylverfahren in der EU**

**Kein Zugang zu Asylverfahren**

**Kein Zugang zu Rechtsberatung und Information**

**Fehlerhafte Verfahren**

**Menschenunwürdige Aufnahmebedingungen**

**Willkürliche Schutzgewährung und Verfahrensgestaltung**

**Asyl als leere Hülle**

**Gute Aussichten? — Panorama der Gewalt**

**»Alles ist möglich! Auch sterben«**

**Wo soll die Reise hingehen? Und für wen?**

**Aus Verantwortung vor der Geschichte — Ein neuer**

**Pakt für Europa**

**Epilog: Donatella Di Cesare**

**Anhang**

**Abkürzungsverzeichnis**

**Anmerkungen**

# **Vergogna – Schande: Gegen die Verschwörung des Schweigens!**

*Vorwort: Lesen ohne Atomstrom*

*Andreas Blechschmidt, Oliver Neß, Frank Otto*

**Die Europäische Union feiert gern,** gern auch sich selbst. Wie am 10. Dezember 2012, als der Staatenverbund in Oslo für seine Verdienste um »die Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten« mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. In Brüssel beschwor man »Stolz« und »Ehre«, sah sich dekoriert als »größter Friedensstifter der Geschichte«. Beate Gminder, damals eineinhalb Jahrzehnte in EU-Diensten, wusste gar: »Ich habe den Friedensnobelpreis bekommen! Es hat verdammt gut getan, mal einen Abend lang gefeiert und nicht nur kritisiert zu werden.«

Ähnliches ist von der schwäbischen Karrierebeamtin auch am 18. September 2021 zu hören – dieses Mal am südöstlichsten Zipfel des Kontinents, auf der Agäis-Insel Samos. Feierlich hisst Beate Gminder an diesem sonnigen Spätsommertag die blau-gelbe EU-Fahne – vor ihrem Werk, das sie ein Jahr lang ersonnen hat. Im Auftrag von ganz oben, wie die eloquente Mittfünzigerin zuvor lässig berichtet hatte: »Direkt nach dem Feuer, das das Lager auf Lesbos zerstörte, hat die Frau Präsidentin von der Leyen gesagt ›Ich kann's nicht mehr sehen. Warum kriegen wir diese Lager nicht unter Kontrolle?‹ Sie hat dann die Task

Force ins Leben gerufen - und mich mit der Leitung betraut.« Seither ist Beate Gminder *Deputy Director-General in Charge of the Task Force Migration Management*, als solche Erfinderin des *Closed Controlled Access Center of Samos* - einer Siedlung Dutzender Container, in die Tausende Männer, Frauen und Kinder gepfercht werden. Umgeben von meterhohem Zaun, zweireihig, oben drauf blanker Draht mit Widerhaken, in regelmäßigen Abständen unterbrochen von Wachtürmen. Uniformierte patrouillieren rund um die Uhr, im Lager und drumrum.

Regelmäßig aufsteigende Drohnen überwachen das Camp bis in den hintersten Winkel, zur Perfektionierung der von »Frau Präsidentin« bestellten »Kontrolle«. Die fliegenden Kameras übertragen den deprimierenden Alltag der Insassen live in eine Kommandozentrale im fernen Athen: »Hier sind die Voraussetzungen für eine würdevolle Aufnahme von Migranten gegeben«, jubelt Beate Gminder am 18. September auf dem eigens planierten Felsplateau von Samos. Die nächsten Orte - das Dorf Chora, die historische Inselhauptstadt, und das heutige Zentrum Vathy - liegen eine Stunde Fußweg entfernt. Die dortigen Bewohner\*innen sprechen von ihrer so charmanten Insel bereits als »Guantánamo«.

Der 10. Dezember 2012 war zweifelsohne eine historische Zäsur. Der 18. September 2021 ist es ebenso: Seither ist die Käfighaltung von flüchtenden Menschen offizielle Praxis der EU. Das Einsperren von Frauen, Kindern und Männern, die sich keines Vergehens strafbar gemacht haben. Einzig: Sie haben um Schutz nachgefragt. Bis dato hatte man es jahrelang mit systematischer Verelendung versucht, indem die Zigtausenden, die nach monatelanger Odyssee entkräftet auf den griechischen Inseln in Sichtweite der türkischen Küste anlandeten,

weitgehend sich selbst überlassen waren, während man sie mit allen Mitteln an der Weiterfahrt aufs europäische Festland hinderte. Die *Washington Post* verortete so in der Ägäis »den Ground Zero der ungelösten Flüchtlingskrise Europas«. Künstler Ai Weiwei erkannte vor Ort »eine Art Verlängerung des Krieges«.

Es ist der Krieg einer Friedensnobelpreisträgerin. Orchestriert von »finsternen Brüsseler Bürokraten, die auf Abschreckung hoffen«, so UN-Diplomat Jean Ziegler. Dieses Ziel wird allerdings regelmäßig verfehlt: mit den vormaligen Elendsquartieren ebenso wie mit den neuen Käfigen aus deutscher Lagerexpertise. Die Menschen kommen weiter, auch nach Samos. Und es werden immer mehr, dies vorherzusehen braucht es keiner prophetischen Gabe. Schon jetzt sind so viele Kinder, Frauen und Männer auf der Flucht wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte. An die hundert Millionen. Von Krieg, Verfolgung, Armut oder Klimawandel dazu verdammt. Die - auch von EU-Staaten - in aller Welt finanzierten oder geführten Kriege wie zunehmend auch der aufgeheizte Planet machen immer weitere Landstriche unbewohnbar. Hunderttausende in Ostafrika flüchten vor Klimaverheerungen, die maßgeblich wir ihnen eingebrockt haben: mit unserem grotesken Lebensstandard, mit dem wir Europäer\*innen jede\*r neun Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr emittieren. Eine Einwohnerin Burundis kommt gerade mal auf 0,03 Tonnen. In Burundi allerdings kann der Homo Sapiens ob Hitze, Dürren und Sintfluten heute kaum mehr existieren. Ähnlich verhält es sich im Südsudan, Äthiopien, Mali, Teilen Kenias, auf Madagaskar, auch in Südostasien oder im Jemen. Überall dort bleibt kaum noch etwas anderes als zu fliehen. Und nicht nur von dort: Auch Enele Sopoaga, der ehemalige Präsident des Südseestaates Tuvalu, das in Folge des Meeresspiegelanstiegs dem Untergang, eher früher als

später, geweiht ist, benennt die Verantwortlichkeiten: »Wir müssen unsere Heimat verlassen, weil man anderswo in der Welt nicht solidarisch mit uns ist.« Dies sind lediglich einige beispielhafte Schauplätze für eine der zentralen Herausforderungen für die Weltgemeinschaft des 21. Jahrhunderts: Migration.

Derzeit werden 90 Prozent der Flüchtenden in den Ländern des Globalen Südens aufgenommen, während sich die »Friedensnobelpreisträgerin« im Norden verschanzt, wozu auch das *Closed Controlled Access Center of Samos* dienen soll. Nach diesem Vorbild lässt Ursula von der Leyen ebenfalls auf den Nachbarinseln von Samos mit Hochdruck bauen, um Zehntausende internieren zu können. Dafür hat die EU-Chefin mehr als eine Viertelmilliarde Euro bereitgestellt, derweil sie unverdrossen behauptet, »keine Finanzierung von Stacheldraht und Mauern« zu ermöglichen. Ein weiterer eindrucksvoller Beleg für die Wertung des *Economist*, in Brüssel habe längst »Bullshit das Sagen«. Mit diesem Kraftausdruck zitierte das Blatt den US-Philosophen Harry G. Frankfurt, um die beharrliche Negation von Wirklichkeit zu beschreiben.

Wenn es darum geht, die Flüchtenden und Gehetzten zu misshandeln, ist offenkundig das australische Modell Vorbild für die EU: *Down Under* werden Flüchtende seit Jahren bereits nicht mehr aufs Festland gelassen. Stattdessen kommen sie direkt in Internierungslager auf weit abgelegenen Pazifikinseln. Der preisgekrönte kurdische Schriftsteller Behrouz Boochani wurde hier jahrelang gefangen gehalten, von einer »Gefängnisindustrie, die darauf abzielt, Menschen ihre Identität zu nehmen, ihre Moral zu brechen«, wie Boochani als Gast des Hamburger Literaturfestivals »Lesen ohne Atomstrom« sagte. Dies bestätigt der Kölner Pfarrer Hans

Mörtter auch für Samos, nachdem er sich am Tag nach Beate Gminders Fahnenappell ins neue *Closed Controlled Center* geschmuggelt hatte. »Es ist der Wahnsinn«, bemerkte er beim Verlassen des Containergeheges konsterniert. »Die Menschen sollen die Botschaft nach Hause schicken: Hier ist die Hölle, kommt bloß nicht.« Was aber nicht funktioniert: »Denn zu Hause ist die Hölle noch größer«, weiß Mörtter. Eine Studie des konservativen Kieler Instituts für Weltwirtschaft bestätigt ihn: Ein liberaler, rechtskonformer Umgang mit Migrant\*innen würde ausdrücklich nicht für die viel beschworenen »Pull-Effekte« sorgen.

Wie zum Beweis landen noch während Beate Gminder am 18. September 2021 ihr Geflüchtetenlager am Berg feierlich einweihend unten an der Küste von Samos wieder zwei Schlauchboote an, wie Einheimische berichten. Zwei Somalier und eine syrische Familie, alle am Ende ihrer Kräfte, so die Augenzeugen. In der Flüchtlingsstatistik tauchen die Gestrandeten später wie so viele andere nicht auf. EU-Grenzwächter verfrachten sie umgehend auf eine aufblasbare Insel - und schleppen diese wieder aufs Meer hinaus, wo man die Verzweifelten sich selbst überlässt. Derlei rechtswidrige Pushbacks sind längst Alltag, an allen EU-Außengrenzen. In Polen und Litauen, in Kroatien oder Spanien. Das Anti-Folter-Komitee des Europarats diagnostiziert »einen gut etablierten rechtswidrigen Modus Operandi im Umgang mit Migranten«.

Denn die Ankömmlinge auf Samos - und anderswo in der Ägäis - darf es seit 2016 gar nicht mehr geben. Dafür hat seinerzeit Gerald Knaus, sogenannter Politikberater, das EU-Türkei-Abkommen erdacht. Er folgte dabei einer simplen Logik, die in Brüssel und Berlin schnell zu überzeugen vermochte: Wenn die Türkei, bekannt für ihre polizeistaatlichen Fähigkeiten, viel Geld dafür bekommt,

die Flüchtenden an den türkischen Ägäis-Stränden von der Überfahrt auf die nahen griechischen Inseln abzuhalten, gibt's keine Flüchtenden mehr. Für die EU. Die deutsche »Wir schaffen das«-Kanzlerin und die EU-Regent\*innen waren höchst angetan von Knaus' profanem Konzept - und sechs Milliarden Euro überzeugten Türkeys Präsidenten Erdoğan rasch, als Türsteher für die EU anzuheuern. Der Knaus-Plan ist so einfach wie skrupellos, dass deutsche Medien seinen Erfinder seither auf allen Kanälen als »Migrationsexperten« feiern. Knaus firmiert dabei als »Leiter« oder »Chairman« einer Organisation mit dem hochtrabenden Namen »Europäische Stabilitätsinitiative«, was in Wahrheit ein kleiner, beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingetragener deutscher Verein ist. Für die Presse gilt er unhinterfragt als Thinktank. Dessen »Staff« - nach eigenen Angaben gut ein Dutzend »Analysten« - dürfte bei dem, ebenfalls nach eigenen Angaben, Jahresetat von gerade mal einer halben Million Euro kaum deutschen Mindestlohn erhalten. Was hingegen zählt, ist, dass Knaus mit seinem Kleinverein Zugang zum Kanzleramt hat. Das macht Kohle in Brüssel locker. Erdoğan hält seither die Hand auf - und will immer mehr davon, wenn er der EU weiter Flüchtende vom Hals halten soll, während man in Brüssel unablässig klagt, »erpresst« zu werden. Knaus' brutales Konzept wurde derweil zur Blaupause für andere Außengrenzen: In Libyen finanziert die EU nun in Ermangelung eines schlagkräftigen Staatschefs der Einfachheit halber Warlords, die als sogenannte »Libysche Küstenwache« Jagd auf Flüchtende machen, sobald sie die waghalsige Überfahrt von Tripolis' Küste gen Norden versuchen. Die Gräueltaten der von Brüssel alimentierten Paramilitärs sind zahlreich dokumentiert. Völkerrecht war gestern, Flüchtlingskonvention vorgestern.

Diese tagtäglichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit haben dramatische Folgen: Dem Psychologen Jan Ilhan Kizilhan zufolge gilt jede\*r dritte in Europa Asylsuchende als »klinisch traumatisiert«. Wenn sie das Zusammentreffen mit den EU-Grenzkriegern denn überleben. Mohamed Gulzar aus Pakistan hat den Versuch, mit seiner Frau in der EU Asyl zu beantragen, mit dem Leben bezahlt. Er wurde an der griechisch-türkischen Festlandsgrenze am 4. März 2020 erschossen, von hinten in den Rücken. Anlass für »die Frau Präsidentin«, umgehend an den Grenzabschnitt zu eilen, um die Täter zu belobigen: »Wir werden die Stellung halten.« Bejubelt von der Propaganda an der Heimatfront: Für den »Spiegel« sind »Zäune kein Widerspruch zu einer humanen Einwanderungspolitik, sie schaffen die Voraussetzungen dafür«. Die »Welt« weiß: »Grenzschutz ist hart – aber er muss sein.«

Demgegenüber hatten tatsächliche Migrationsexpert\*innen das von Gerald Knaus den Berliner und Brüsseler Regent\*innen eingeflüsterte »Outsourcing der EU-Asylpolitik« umgehend als »Ausverkauf humanitärer Werte« eingeordnet und eindringlich gewarnt. Die französische »Libération« erkannte sofort: »Für die Achtundzwanzig ist das Asylrecht tot.« Genau das bestätigen heute führende Repräsentant\*innen ganz unverhohlen. Für Dänemarks Regierungschefin, die Sozialdemokratin Mette Frederiksen, ist das »Ziel, dass niemand mehr in Dänemark Asyl nachfragt«. Erfrischend ehrlich. Genau darum geht's offenkundig auch Kommissionspräsidentin von der Leyen, die sich von den versammelten Rechtsradikalen im Europaparlament ins Amt hat wählen lassen – und für die nun liefert. Mit Hilfe ihrer dienstbaren Geister, den Gminders und Knaus. Letzterer hat weiter Konjunktur als vermeintlich seriöser Migrationserklärer: »Der Grundkonsens rund um die

Menschenwürde ist nicht zusammengebrochen, der hat die Krise überlebt«, fabuliert der »Experte« weiter in alle Mikrofone, die ihm willig hingehalten werden. Auch dies ist »Bullshit«, schamloser Zynismus angesichts des Massengrabs Mittelmeer und der Verweigerung für inzwischen Hunderttausende, in der EU überhaupt einen Antrag auf Asyl stellen zu können. Und angesichts der neuen Internierungslager für jene, die es noch lebend an unsere Strände schaffen. Wenn Knaus und Gminder von »Abschiebungsrealismus«, einer »humanen Form der Kontrolle« und vom »neuen Kapitel im Migrationsmanagement« schwadronieren, offenbart sich darin ein neuer Typus des Schreibtischtätertums.

Gminder und Knaus sind furchtbare Technokrat\*innen. Zwei von vielen, die Behrouz Boochani »Komplizen der systematischen Folter« nennt. Das unerbittliche Grenzregime der EU komplettieren schließlich Europas furchtbare Jurist\*innen. Sie sorgen dafür, dass jene, die nicht umgehend wieder in Nacht- und Nebelaktionen zurückgepusht wurden, von der Friedensnobelpreisträgerin EU als Erstes ein Gefängnis von innen sehen: wie die zwei Afghanen Ayoubi Nadir und Hasan Eftekhari, die unmittelbar nach Ankunft im November 2020 auf Samos verhaftet wurden. Hasan hatte das Schlauchboot gesteuert, das am späten Abend vom türkischen Strand nach Samos abgelegt hatte. Als der Schlepper abgehauen war, musste einer die führerlose Nussschale mit 24 Flüchtenden an die Insel lenken. Hasan versuchte es so gut wie es eben ging: Als das Boot gegen die Klippen von Samos schlägt, gehen alle Insassen über Bord. Nadirs sechsjähriger Sohn ertrinkt. Für diese »Kindeswohlgefährdung« soll der junge Vater nun zehn Jahre, Hasan wegen »Beihilfe zur unerlaubten Einreise mit Todesfolge« lebenslänglich ins Gefängnis. Auch jene, die solch groteske Anklagen formal

möglich machen, sitzen an Schreibtischen der EU-Administration. Von ihren bürokratischen Handreichungen machen die Staatsanwält\*innen von Sizilien über Malta bis Samos reichlich Gebrauch. Und sie dehnen ihre Jagd auch auf andere aus: auf diejenigen, die Flüchtenden in ihrer Not Hilfe angedeihen lassen. So soll Seán Binder, der sein Studium in London unterbrochen hat, um als Rettungstaucher Schiffbrüchige in der Ägäis über Wasser zu halten, für viele Jahre in Griechenland ins Gefängnis. Genauso wie in Italien die Hamburger Kapitäne Dariush Beigui und Uli Tröder und ihre Einsatzleiter\*innen Kathrin Schmidt und Sascha Girke, die mit dem Rettungsschiff »Juventa« Tausende Ertrinkende aus dem Mittelmeer vor Libyen geborgen haben.

Doch »die Geschichtsbücher der Zukunft werden zeigen, wer kriminell ist«, prophezeit der weltbekannte Anti-Mafia-Kämpfer Leoluca Orlando. Der Bürgermeister Palermos hat das Urteil bereits gefällt. So sagte er beim Festival »Lesen ohne Atomstrom« 2021: »Die Kriminellen sind die Staaten, die heutigen Staatsführer.« Damit regte er ein internationales Tribunal an, für das diese Dokumentation die Vorlage zu liefern vermag: »Grenzenlose Gewalt« – verfasst vom Autorinnenkollektiv »meuterei«, allesamt beeindruckende Aktivistinnen gegen das Grenzregime der EU. Die Juristinnen, Migrations- und Politikwissenschaftlerinnen sezieren so akribisch wie nüchtern den inzwischen von der »Friedensnobelpreisträgerin« aufgebahrten Leichnam des Humanismus. Die Suspendierung aller Werte, jedweder Moral.

Die »meuterei«-Autorinnen zeigen erstmals das ganze Bild: von nahezu allen EU-Außengrenzen über die Fluchtrouten bis zur erbarmungslosen Kriminalisierung der Flüchtenden und der Europäer\*innen, die Menschen auf

der Flucht helfen. Ermöglicht wird all dies mit regelmäßigen Gesetzesverschärfungen, neuen Abkommen der Mitgliedstaaten, mit denen sie ihren Staatenverbund über Jahrzehnte gezielt zur Festung ausgebaut haben. In Deutschland wurde der Grundstein dafür bereits vor 30 Jahren gelegt, mit »einem der schandbarsten Kompromisse der bundesdeutschen Geschichte«, so Heribert Prantl. Für den Autor ist und bleibt die von einer ganz großen Koalition getragene Abschaffung des Grundrechts auf Asyl »eine Untat«. »Mauern statt Brücken« überschreibt die »meuterei« diese Entwicklung der EU. Das Autorinnenkollektiv macht dabei ein differenziertes System minutiös ineinander greifender Mechanismen zur Bekämpfung völlig erschöpfter Menschen sichtbar, auf administrativer, juristischer und militärischer Ebene. Gegen jede\*n, der\*die es wagt, sich auf die Flucht gen Europa zu begeben.

So gerät dieses Buch zur Anklageschrift gegen die »Friedensnobelpreisträgerin«, deren führende Protagonist\*innen längst Rousseau widerlegt haben, für den »die Menschen mit all ihrer Moral nie etwas anderes als Ungeheuer gewesen wären, wenn die Natur ihnen nicht das Mitleid zur Stütze der Vernunft gegeben hätte«. Was dem Schweizer Grenzkommandeur Paul Grüninger einst gegeben war, als er sich 1938 der ausdrücklichen Weisung widersetzte, jüdische Flüchtlinge an der Grenze abzuweisen. Grüninger ließ die Flüchtenden passieren, rettete so Tausenden das Leben - und verlor seinen Beruf. Über Jahrzehnte wurden er und seine Familie drangsaliert, erst posthum rehabilitiert.

In den Geschichtsbüchern zum 21. Jahrhundert wird »darzulegen sein, dass Europa - die Geburtsstätte der Menschenrechte - jenen die Gastfreundschaft verweigerte, die vor Kriegen, Verfolgung, Verwüstung und Hunger

geflohen sind«, prognostiziert eine der führenden Intellektuellen Europas, Donatella Di Cesare. Im Epilog konstatiert die Philosophin »eine beunruhigende Kontinuität mit der dunklen Vergangenheit der Lager und der Vernichtung«.

Während die »Friedensnobelpreisträger\*innen« um von der Leyen und Gminder noch glauben, mit ihrem aus zutiefst egoistischem Wohlstandschauvinismus gespeisten Krieg gegen Flüchtende ein weithin akzeptiertes, tatsächlich aber längst überkommenes Konzept verteidigen zu können: das der Nationalstaaten. Es folgt einer Logik von Abstammung und Boden, die sich vor dem Hintergrund der gerade in Europa »im Namen des Bodens entfesselten Kämpfe, der im Namen des Blutes verübten Verbrechen, der Asche von Auschwitz, auf der seine fragilen Demokratien errichtet sind«, verbieten sollte. Es ist eine Logik, die Migrierende als Bedrohung stilisiert, die dem Ansässigen dessen qua Abstammung zustehenden Platz streitig macht und die vermeintliche öffentliche Ordnung stört. So »stellt der Migrant mit seiner bloßen Existenz den Nationalstaat nachdrücklich in Frage. Auf Migration zu reflektieren heißt, den Staat neu zu denken«, folgert Di Cesare in ihrem Buch »Philosophie der Migration«. Was Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel, der Auschwitz und Buchenwald überlebt hat, schon früh wusste: »Wenn die Menschenwürde in Gefahr ist, werden nationale Grenzen irrelevant.«

Bei dieser Geschichtsschreibung des 21. Jahrhunderts werden aber auch wir, die Zivilgesellschaft der EU, nicht gut wegkommen können: Wir, die wir das tagtägliche Sterben an unserer Haustür sehen - und es ganz überwiegend achselzuckend hinnehmen. Die wir das unermessliche Leiden von Millionen kühl ignorieren, die unmittelbar vor unseren Grenzwällen um Schutz

nachsuchen, bevor viele von ihnen erfrieren oder ertrinken. Es ist jene todbringende Gleichgültigkeit, die Autor Ronen Steinke auf den Punkt bringt: »Es sind nicht nur Mörder, die einen Völkermord begehen. Es sind auch all jene, die nicht vom Sofa aufstehen, wenn sie es müssten.« Niemand von uns wohlstandsverwahrlosten, ganz überwiegend mit gleichgültiger Ignoranz gepeinigten Europäer\*innen wird dereinst sagen können, er\*sie hätte von diesen über Jahre in staatlichem Auftrag verübten Gräueln nichts gewusst. Spätestens mit dieser akribischen Dokumentation der »MEUTEREI«-Autorinnen kann es jeder wissen. Was aber gewiss noch nicht ausreicht, wie uns eine ganz besondere Freundin von »Lesen ohne Atomstrom« mahnt: »Es ist sehr schön, dass ihr sprecht. Aber Worte sind nicht genug. Taten wollen wir sehen«, sagt Margot Friedländer, jüdische Holocaust-Überlebende, die zum Jahresausklang 2021 hundert Jahre alt geworden ist.

Und nicht zuletzt deshalb stellt das Hamburger Literaturfestival jedem\*r Abgeordneten des EU-Parlaments – das den Beate Gminders und Gerald Knaus, den Schergen der EU-Grenzwacht oder der »Libyschen Küstenwache« das Mandat für ihr skrupelloses Tun erteilt – die englische Version dieses Buchs persönlich zu. Verbunden mit dem Ausruf: »Vergogna!«

Das haben sie auf Lampedusa dem Vor-Vor-Gänger Ursula von der Leyens am 9. Oktober 2013 ins Gesicht geschrien: »Schande!« Als José Manuel Barroso die italienische Insel besuchte – und krokodil-tränkte: »Den Anblick von Hunderten von Särgen werde ich nie mehr aus dem Kopf bekommen.« Es waren die Leichen jener, die – in Ermangelung legaler Einreiseoptionen – am libyschen Strand in See gestochen waren und ihr Ziel Europa nur tot erreichten. Die Insulaner\*innen hatten die Leichen in den Vortagen eine nach der anderen aus dem Meer gezogen.

Bis schließlich 280 Holzkisten den Flugzeughangar Lampedusas füllten, wie Barroso sich erinnert: »Särge mit Säuglingen, Särge mit Müttern und ihren gerade neu geborenen Kindern. Das hat mich tief geschockt.« Der »Herr Präsident« kam, nachdem er sorgsam Rosen auf jeden einzelnen Sarg gelegt hatte, zu der Erkenntnis: »Europa kann sich nicht umdrehen.« Um sich sodann umzudrehen.

Seither sind weit mehr als 20.000 Flüchtende – genau weiß das niemand – auf dem Boden des Mittelmeers zu liegen gekommen. Denn nach Barrosos Lampedusa-Visite haben sich dessen biedere Beamte\*innen keineswegs »umgedreht«, vielmehr haben sie in den Brüsseler Bürotürmen immer neue, immer perfidere Schikanen und Hindernisse ersonnen, damit die Flüchtenden unsere Strände nicht erreichen. Die furchtbaren EU-Technokrat\*innen sorgen seither dafür, dass Rettungsschiffe am Auslaufen gehindert werden, während gleichzeitig die staatlichen Notrufzentralen Europas die Hilferufe der Schiffbrüchigen ignorieren. Über Stunden. Tage. Bis der Fleck auf dem Radar verschwunden ist. Die einstige EU-Rettungsmission »Mare Nostrum« haben sie eingestellt, das Mittelmeer zum »Mare Mortuum« gemacht. Willentlich und wissentlich: Wenn sie schon nicht zu Hause verhungern oder dort von unseren Bomben, Minen und Drohnen zerfetzt werden, wenn sie es auf die Flucht geschafft haben und dabei in der Wüste nicht schon verdurstet sind, wenn sie auch in den von der EU alimentierten Folterlagern Libyens noch nicht zu Tode geprügelt oder vergewaltigt wurden – dann ... Dann sollen sie spätestens vor unseren Stränden ersaufen. Hauptsache, es geschieht unbemerkt.

Für Donatella Di Cesare werden in Libyen »Frauen, Männer und Kinder im Namen und im Auftrag der

europäischen Bürger\*innen gefoltert«. Aber: »Wer die Auswirkungen seines Handelns nicht sieht, ist dadurch nicht unschuldig.« Derweil phantasieren »die Frau Präsidentin« und ihre Helfershelfer\*innen immer wilder: vom »hybriden Krieg« der Flüchtenden gegen die hochgerüstete EU. Die einstigen »Asyltouristen« sind so nun zu »Kriegern« mutiert. Schon wieder Brüsseler Bullshit: Keine\*r der Gehetzten, die sich an unsere Strände schleppen oder die immer höheren Zäune zu erklimmen versuchen, ist mit uns im Krieg. Von Krieg spricht einzig diejenige, die die Erlaubnis will für das, was Krieg unweigerlich immer ist: Menschen töten. Tote können keinen Asylantrag stellen. »Das Trauma der Einzelnen und der Gesellschaft endet so niemals«, merkt Psychologe Kizilhan an.

»Wer könnte jetzt noch antworten auf die entsetzliche Hartnäckigkeit des Verbrechens, wenn nicht die Hartnäckigkeit des Zeugnisses?«, hatte einst Albert Camus gefragt. Hier ist es, auf den folgenden Seiten. Das Zeugnis der inzwischen ganz selbstverständlichen systematischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen von einer »Friedensnobelpreisträgerin«. Es ist nichts anderes als das, was die Einwohner\*innen von Lampedusa in ihrer Verzweiflung EU-Präsident Barroso zugebrüllt haben: »Vergogna!«

Die grenzenlose Gewalt der EU ist die Schande Europas.

**»Geflüchtet zu sein  
bedeutet, sprachlos  
gemacht zu werden,  
von der Teilhabe am  
Leben ausgeschlossen  
zu werden, nicht mehr  
Mensch zu sein.«**

Parwana Amiri

# Grenzenlose Gewalt

## Der unerklärte Krieg der EU gegen Flüchtende

**Der 9. Mai ist Europatag - der Tag,** an dem die Europäische Union (EU) sich selbst und ihre Errungenschaften unter dem Motto »In Vielfalt geeint« feiert. Im zehnten Jubiläumjahr nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Staatenverbund wagt »Grenzenlose Gewalt« einen Blick darauf, wen die EU mit dieser Vielfalt meint und wen explizit nicht; und darauf, wie sie ihre proklamierten Werte mit geltendem Recht in Einklang zu bringen meint. Nicht zuletzt erhielt die EU 2012 den Friedensnobelpreis wegen ihres »erfolgreichen Kampfs für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte«. <sup>1</sup> Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) spricht einem jeden Menschen ein gleiches Maß an Würde und Rechten zu, die sich alle »im Geist der Solidarität begegnen« sollen. Dieser Geist der Solidarität findet u.a. in Artikel 14 eine Konkretisierung, der Menschen auf der Flucht gewidmet ist: *»Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.«*

Jede\*r? Das scheint in Europa eher »ein paar von denen, die es trotz all unserer Bemühungen über die Grenze

geschafft haben«, zu meinen. Geschichtsvergessen werden die Mauern der Festung Europa kontinuierlich höher gezogen, die Abschottung brutaler und die bürokratischen und physischen Hürden für Flüchtende, um ihr Recht auf Asyl in Anspruch nehmen zu können, nahezu unüberwindbar. Der Friedensnobelpreis wird als Persilschein missbraucht, um wider alle Realität humane Politik und Rechtsstaatlichkeit vorzugaukeln. Menschenrechtsverletzungen entlang der Binnen- und Außengrenzen der EU werden tagtäglich begangen, sind bekannt und gewollt. Die hehren Werte und erklärten Ziele der EU, wie z.B. die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Wahrung von Menschenrechten, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit entpuppen sich mit Blick auf eine Abschottungspolitik, deren Ziel nicht der Schutz *von* Flüchtenden, sondern *vor* Flüchtenden ist, als reine Farce.

Dieses Buch zieht eine kritische Bilanz der europäischen Grenzgewalt und zeichnet die verschiedenen Facetten und Mechanismen der Abschottung nach. Dabei erhebt der Text keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ebenso kann »Grenzenlose Gewalt« es nicht leisten, das ausgelöste Leid und die Auswirkungen der Abschottung für Menschen auf der Flucht im Einzelnen zu beleuchten. Das betrifft sowohl die Gründe ihrer Flucht als auch die Konsequenzen ihrer Abweisung in Europa. Betroffene sollten als Menschen mit eigener Stimme direkt gehört werden. Die Frage, was es für eine Gesellschaft bedeutet, sich in einem verkommenen Wertesystem zu bewegen, wird auf diesen Seiten unbeantwortet bleiben. Das Nachdenken darüber, ob man seine eigenen Rechte nicht auch verliert, wenn sie anderen verweigert werden, können und möchten wir unseren Leser\*innen nicht abnehmen. Eine breite Debatte darüber, wer und wie für diese Menschenrechtsverbrechen – auch juristisch – zur Rechenschaft gezogen werden sollte, ist

ebenso dringend nötig wie die deutliche Forderung nach einer anderen Grenzpolitik.

# Wie man eine Festung baut

**Flucht- und Wanderbewegungen** sind in der Menschheitsgeschichte nichts Neues, sondern von jeher eine zivilisatorische Notwendigkeit. Um die Art der Bewegung zu klassifizieren und den Menschen dabei verschiedene Rechte zu- bzw. abzuspochen, werden offiziell verschiedene Begrifflichkeiten verwendet. Es wird zwischen Migrant\*innen, Flüchtlingen und Asylsuchenden unterschieden:

»Migrant\*in« ist ein Oberbegriff, der völkerrechtlich nicht eindeutig definiert ist und der Menschen beschreibt, die sich kurz- oder längerfristig von ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsort entfernen, sei es innerhalb eines Landes oder über eine internationale Grenze - unabhängig von den Ursachen der Migration, ob freiwillig oder unfreiwillig, und unabhängig von der Art der Migration. Das schließt bspw. sowohl Arbeitsmigrant\*innen mit ein, aber auch so betitelte »irreguläre Migrant\*innen« (Menschen, die weder über ein reguläres Visum noch über einen legalen Aufenthaltsstatus verfügen, um in ein Land einzureisen bzw. dort zu bleiben). Dass Menschen des Globalen Nordens, die ihre Freiheit, zu leben und zu arbeiten, wo immer sie möchten in Anspruch nehmen, z.B. als »Expats« bezeichnet werden, während der Begriff »Migrant\*in« Menschen aus dem Globalen Süden

vorbehalten ist, ist nur ein kleiner Hinweis auf den strukturellen Rassismus dieser Zuschreibungen. Die im politischen Sprachgebrauch häufig vorgenommene Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migrant\*innen hat keine völkerrechtliche Grundlage. Man kann Flüchtlinge vielmehr als eine bestimmte Untergruppe von Migrant\*innen bezeichnen.

Ein »Flüchtling« ist laut Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) entweder eine Person, die sich aufgrund begründeter Angst vor Verfolgung wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, politischen Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe außerhalb des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, aufhält und welche nicht in der Lage oder – aufgrund einer solchen begründeten Angst – nicht gewillt ist, vom in dem betreffenden Land angebotenen Schutz Gebrauch zu machen. Unter die Definition fallen auch Staatenlose, die sich aufgrund der genannten begründeten Angst außerhalb des Landes aufhalten, in dem sie sich zuvor üblicherweise aufgehalten haben, und die nicht in der Lage oder – aufgrund einer solchen begründeten Angst – nicht gewillt sind, dorthin zurückzukehren.

Ein\*e »Asylsuchende\*r« ist eine Person, die in einem anderen Land als ihrem Heimatland Sicherheit vor Verfolgung und ernsthafter Schädigung sucht und die eine Entscheidung über ihren Antrag auf Flüchtlingsstatus im Rahmen der geltenden internationalen und nationalen Gesetze und Regularien erwartet.<sup>2</sup>

Europäische Grenz- und Asylpolitik betrifft aber nicht nur offiziell anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende. Es sind gerade auch die Menschen, denen der völkerrechtliche Schutzstatus verwehrt wird, die Opfer eines Systems der Abweisung und Gewalt werden. Daher wird in diesem Buch der Begriff »Flüchtling« nur dann verwendet, wenn er sich

auf anerkannte Schutzsuchende bezieht oder aus zitierten Publikationen, Statistiken usw. übernommen wird. Bei einer Betrachtung von Fluchtbewegungen und Grenzmechanismen, die sich auf die tatsächliche Lebenssituation von Menschen bezieht und nicht auf formelle behördliche Entscheidungen, schließt die Verwendung von Begriffen wie »Flüchtende«, »Schutzsuchende«, »Migrierende« und »Geflüchtete« alle betroffenen Menschen mit ein.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass auch wenn sich dieser Text häufig auf UN-Organisationen und ihre Beschlüsse wie z.B. die GFK bezieht, ausdrückliche und begründete Kritik an diesen bis heute überwiegend *weißen* Institutionen besteht, da sie die Interessen des Globalen Nordens weitaus deutlicher vertreten als jene des Globalen Südens. Seit ihrer Gründung sind UN-Organisationen an den kolonialen und postkolonialen Herrschaftsverhältnissen und deren Verbrechen beteiligt gewesen und bis heute haben sie keinen kritischen Umgang mit ihrer Geschichte gefunden.<sup>3</sup> Der UNHCR (*United Nations High Commissioner for Refugees*; dt.: Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) als UN-Partnerorganisation fallen in den letzten Jahrzehnten vor allem dadurch auf, dass sie insbesondere den europäischen Umgang mit der Abwehr von Flüchtenden unterstützen, anstatt sich auf die Seite der Schutzsuchenden zu stellen.

Angesichts ihrer Entstehung im Jahr 1951 im Kontext der Nachkriegszeit garantiert die GFK mit ihrer Definition eines Flüchtlings nur unvollständigen Schutz vor vielen heutigen Bedrohungslagen. Die GFK bildet dadurch ein verhängnisvolles Nadelöhr, wenn es zur »Qualifizierung« von Schutzbedürftigkeit kommt. Kritikwürdig ist zum